

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schul- und Sportausschusses
der Stadt Lüdenscheid**

am 20.06.2017

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz:**

Ratsherr Jens Voß SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU
Ratsherr Rolf Breucker	SPD
Ratsfrau Ingrid Fischer	CDU
Ratsherr Timothy Kahler	CDU
Ratsherr Michael Meyer	CDU
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD
Ratsherr Michael Thielicke	SPD
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD
Frau Julia Decker	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Gesthimani Demirtzoglou	CDU
Frau Brunhilde Gromball	FDP
Herr Michael Pottgießer	DIE LINKE.
Frau Anette Schwarz	FDP
Herr Andreas Stach	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Helga Poimann	Fraktionslos

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Frank Bisterfeld	Fraktionslos	
Herr Markus Geisbauer	Fraktionslos	
Frau Bettina Göldner	Fraktionslos	ab 18:14 Uhr
Herr Thomas Lammers	Fraktionslos	
Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos	
Herr Peter-Paul Marienfeld	Fraktionslos	ab 18:28 Uhr
Herr Dieter Utsch	Fraktionslos	ab 18:10 Uhr

Gäste:

Herr Winfried Becker

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver
Herr Andreas Hostert
Frau Kerstin Kotziers
Herr Dierk Gelhausen
Frau Gabriele Krumme

Schriftführung:

Frau Anke Keller

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Monika Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid	
Ratsherr Sebastian Wagemeyer	SPD	Vertreter Ratsherr Kriegel
Herr Jamel Hellwig	SPD	Vertreter Ratsherr Schildknecht

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Katharina Thimm

Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Nesrin Emektar

Ditib Lüdenscheid

Gäste:

Frau Christa Sacher

Vertreter Herr Becker (Schulamt des Märkischen Kreises)

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 18:42 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Keine Fragen.

2. Schulentwicklungsplanung Grundschulen

2.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2017

Ratsherr Voß ruft den Tagesordnungspunkt auf und erläutert eingangs, dass dieser Prüfantrag der CDU-Fraktion zur Schulentwicklungsplanung Grundschulen in der letzten Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 30.05.2017 eingebracht worden sei. Die Verwaltung habe die dort gestellten Fragen zwischenzeitlich schriftlich beantwortet und die Prüfergebnisse den Mitgliedern des Schul- und Sportausschusses fristgerecht für diese Sondersitzung zur Verfügung gestellt.

Ratsherr Voß fragt nun, ob hierzu noch Fragen seitens des Ausschusses bestehen.

Ratscherr Adam ergreift das Wort und dankt zunächst für die zeitnahe Beantwortung der im Antrag der CDU gestellten Fragen und möchte zu dieser Thematik im Namen der CDU-Fraktion anmerken, dass zwar im März 2017 die Reaktivierung des Schulstandortes Wefelshohl in einer Sitzung der schulpolitischen Sprecher im kleinen Kreis erörtert wurde, jedoch dabei Sanierungskosten in Höhe von 1,2 Millionen Euro benannt worden seien. Ratscherr Adam führt weiter aus, dass in diesem Gespräch keineswegs eine vorbehaltlose Zustimmung der schulpolitischen Sprecher erfolgt sei. Man habe das Erfordernis der Erschließung eines neuen Grundschulstandortes zunächst zur Kenntnis genommen.

Die entsprechende Kostenschätzung, welche letztlich in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 30.05.2017 vorgelegt wurde, belief sich nun auf 5,18 Millionen Euro. Damit sei die ursprünglich genannte Summe verfünffacht worden. Dieser Kostenanstieg hätte zuvor in den Fraktionen erörtert werden müssen, bevor die Vorlage in den Schul- und Sportausschuss eingebracht wurde, so Ratscherr Adam. Es sei weiter bemerkenswert, dass die Kündigung an den jetzigen Mieter des zur Diskussion stehenden Objekts bereits vor einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Schul- und Sportausschuss bzw. dem Rat erfolgt sei. Ratscherr Adam fragt daher an, ob es ggf. zwischen der Verwaltung und der Politik eine Vor-Absprache gegeben habe.

Nun bezieht sich Ratscherr Adam auf den Prüfauftrag zur Kostenschätzung für die Aufstellung von zusätzlichen Pavillons/Containern und die seitens der Verwaltung dazu benannte Summe in Höhe von 1,76 Millionen Euro. Diese sei summenmäßig betrachtet zunächst eine kostengünstigere Alternative.

Ratscherr Adam führt weiter aus, dass die Verwaltung in der CDU-Fraktionssitzung am 19.06.2017 die Ideen für die „Regionale 2025“ vorgestellt habe. Zu diesen Ideen gehörte, möglicherweise die ehemalige Albert-Schweitzer-Schule als Grundschulstandort zu reaktivieren. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob die zukünftigen Schülerzahlen dieses rechtfertigen, wenn jetzt die Wefeshohler Schule saniert werden würde.

Ratscherr Adam erläutert nun, dass die geschätzten Kosten zur Reaktivierung des Standortes Wefelshohl der CDU-Fraktion als sehr hoch erscheine und Ratscherr Kahler dazu im Anschluss weitere Ausführungen machen werde. Da die Kosten so weitreichend seien, stelle die CDU den Antrag, über die Maßnahme in der Ratssitzung am 10.07.2017 abzustimmen und nicht in dieser Sondersitzung.

Es bliebe weiter die Frage zu beantworten, ob der Bund oder das Land Fördermittel zur Reaktivierung von Schulgebäuden zur Verfügung stelle und dieses von der Verwaltung geprüft worden sei.

Abschließend führt Ratscherr Adam aus, dass es nicht sein könne, die nächsten fünf Jahre sämtliche Mittel aus der Schulpauschale zur Reaktivierung eines einzigen Objektes einzusetzen und alle anderen Schulen leer ausgehen würden. Auch könne dadurch der Ausbau der Digitalisierung in Schulen nicht in gewünschter Form erfolgen. Die Mittel würden ausschließlich in Steine investiert.

Herr Reuver antwortet zunächst auf die Frage zu den möglichen Ideen für die Regionale 2025. Dieses Projekt sei mittelfristiger Natur. Der Bedarf an der Erschließung einer weiteren Grundschule bestünde aber bereits sehr zeitnah, so dass das Projekt Regionale 2025 keine Alternative bieten würde, sofern es überhaupt umgesetzt werde.

Weiter betont Herr Reuver, dass bei der Überprüfung einer Containerlösung lediglich die Kosten für einen Schul-Zug (inklusive Räume für die OGS) ermittelt worden seien. Diese geschätzte Summe wäre also mindestens zu multiplizieren, um die Quote zu erreichen, wel-

che durch die Sanierung des Standortes Wefelshohl schlussendlich gegeben wäre. Weiter sei auch die Haltbarkeit und Nutzungsdauer von qualitativ guten Containern begrenzt.

Herr Reuver weist darauf hin, dass die jetzt benötigten Mittel nicht aus der jährlichen Schulpauschale des Landes NRW stammen. Diese Mittel bleiben allen Schulen erhalten. Zur Umsetzung dieser Sanierungsmaßnahme sollen ausschließlich zusätzliche Fördermittel des Landes NRW aus dem Programm „Gute Schule 2020“ eingesetzt werden.

Weiter bezieht sich Herr Reuver auf die Aussage von Ratsherrn Adam, dass durch die Verwendung sämtlicher Mittel die Umsetzung der Digitalisierung an Schulen nicht bzw. nur eingeschränkt wäre. Der Bund habe erfreulicherweise ein spezielles Förderprogramm zur Umsetzung der Digitalisierung von Schulen eingerichtet. Die entsprechenden Mittel, welche derzeit zahlenmäßig noch nicht beziffert werden können, werden voraussichtlich bereits nächstes Jahr an die Kommunen weitergereicht.

Zur Kündigung des jetzigen Mieters der ehemaligen Schule Wefelshohl, der Kreishandwerkerschaft, betont Herr Reuver, dass diese erst nach der gemeinsamen Sitzung mit den schulpolitischen Sprechern erfolgt sei und die Verwaltung davon ausginge, dass die Sitzungsinhalte durch die schulpolitischen Sprecher in die Fraktionen widergespiegelt werden. Weiter sei die Kündigung des Mietverhältnisses u. a. auch so zeitnah wie möglich erfolgt, um der Kreishandwerkerschaft ausreichend Zeit für die Suche eines anderen geeigneten Objekts einzuräumen.

Ebenso sei die Reaktivierung der Schule Wefelshohl bereits ein Bestandteil der Maßnahmenliste zur Planung des Haushaltes 2017 gewesen. Hier war die Maßnahme noch mit einem symbolischen Wert von 1,00 € beziffert, da die Kostenschätzungen seinerzeit noch nicht vorlagen. Zudem habe die Verwaltung in diversen Sitzungen des Schul- und Sportausschusses mehrfach über das Erfordernis einer weiteren Grundschule berichtet. Von einer Vorabsprache zwischen Politik und Verwaltung oder einer Intransparenz könne daher keine Rede sein.

Ratsfrau Gromball schließt sich nun der Aussage von Ratsherrn Adam an, dass den schulpolitischen Sprechern in den betreffenden Sitzungen eine Sanierungssumme in Höhe von 1,2 Millionen Euro genannt wurde, und schlägt vor, dass die Sitzungen ggf. zukünftig protokolliert werden könnten.

Herr Pottgießer merkt nun an, dass in der besagten Sitzung der schulpolitischen Sprecher lediglich eine Kostenschätzung vorgelegen habe und wie der Name auch schon besage, es sich um eine Schätzung der anfallenden Kosten handle. Es war im März 2017 klar gewesen, dass seinerzeit noch nicht alle entstehenden Kosten beziffert werden konnten. Das Volumen sei dann in der Vorlage der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 30.05.2017 konkretisiert worden. Weiter sei eine Kündigung des Mietverhältnisses auch erforderlich gewesen, um überhaupt eine Option auf dieses Gebäude zu haben.

Ratsherr Voß ergänzt nun, dass in dieser Sache zwei Sitzungen mit den schulpolitischen Sprechern stattgefunden haben. In der ersten Sitzung wäre ein Kostenpunkt von 1,2 Millionen benannt worden, jedoch habe in der zweiten Sitzung bereits Klarheit geherrscht, dass diese Summe nicht auskömmlich sein wird. Unabhängig davon, wann welche Summe benannt worden sei, müsse jetzt nach Vorne geblickt werden, denn zwei Züge an Grundschulen gelte es unterzubringen.

Ratsherr Voß erteilt nun Ratsherrn Kahler das Wort. Ratsherr Kahler führt zunächst aus, dass derzeit noch nicht hinreichend transparent sei, welche Kosten in der Schätzung überhaupt enthalten seien. Er fragt an, ob z. B. die Kosten des Einbaus eines Aufzuges berücksichtigt worden seien. Er habe die Anfrage bereits in der letzten Sitzung des Schul- und

Sportausschusses gestellt und habe leider noch keine Antwort dazu erhalten. Ratsherr Kahler bemängelt, dass die Kostenschätzung zur Beratung in den Fraktionen nicht in Papierform zur Verfügung gestellt worden sei. Lediglich die Möglichkeit der Einsichtnahme bei der ZGW sei nicht ideal. Seiner Meinung nach ist die Summe von 5,1 Millionen Euro sehr hoch gegriffen, ggf. könnten einzelne Positionen mit Abstrichen versehen werden. Ratsherr Kahler stellt daher den Antrag, diese Kostenschätzung durch einen Gegengutachter überprüfen zu lassen.

Ratsherr Breucker greift den Punkt der Schülerzahlenentwicklung auf. Selbst wenn die Zahlen im Grundschulbereich in einigen Jahren wieder sinken würden, wäre die Reaktivierung des Standortes Wefelshohl ideal. Hier könne grundsätzlich auch eine weiterführende Schule oder möglicherweise eine Erweiterung der benachbarten Realschule untergebracht werden. Die Investitionen, um die es hier geht, wie z. B. neue Fenster, Aufzüge und Herrichtung der Räume, seien keine grundschulspezifischen Investitionen, sondern eine zukunftsorientierte Einstellung, die hier von der Verwaltung vertreten werde.

Ratsherr Voß fragt nun Frau Krumme, ob sie die inhaltlichen Positionen der Kostenschätzung erläutern könne. Frau Krumme führt dazu aus, dass seitens der ZGW die baulichen Kosten zusammengestellt worden seien. Die technischen Kosten (für Heizung, Sanitär und Elektro) seien von einem externen Büro ermittelt worden. Frau Krumme betont, dass alle Positionen als sinnvoll erachtet werden. Weiter seien Sicherheiten eingerechnet, und zwar in Höhe von 20 % für mögliche Umbauschläge. Die Sicherheiten in Kostenschätzungen einzurechnen sei übliches Vorgehen.

Ratsherr Adam erinnert an den Antrag der CDU-Fraktion, die Abstimmung über diese Maßnahme in die nächste Ratssitzung bzw. Sitzung des Hauptausschusses zu vertagen. Herr Reuver führt hierzu an, dass die Zeitschiene zur Durchführung des Verfahrens relativ eng getaktet sei und diese Sondersitzung die Verwaltung bereits in Schwierigkeiten gebracht habe. Sofern heute ein zustimmender Beschluss gefasst werden würde, müssten direkt die erforderlichen Stellungnahme der Schulkonferenz sowie die schulfachliche Stellungnahme eingeholt werden. Auch hinge die Änderung der Schuleinzugsbereiche unmittelbar mit diesem Beschluss zusammen. Hier sei eine Wichtigkeit der Termintreue gegeben, um auch den betroffenen Eltern Planungssicherheit zu geben.

Ratsherr Thielicke bezieht sich auf den von Ratsherrn Kahler gestellten Antrag, die städtische Kostenschätzung von einem Gegengutachter überprüfen zu lassen. Hier liege kein Gutachten, sondern eine Schätzung der Kosten vor. Er bezweifle die Sinnigkeit, mehrere Kostenschätzungen aufstellen zu lassen, bei denen aller Voraussicht nach verschiedene Endbeträge herauskommen werden. Bei keiner Schätzung könne jedoch verbindlich bestätigt werden, was die Maßnahme am Ende auf den Punkt kosten wird. Die von der Verwaltung durchgeführte Kostenschätzung sei nach bestem Wissen und Gewissen erstellt worden, daher sei ein zweites Gutachten bzw. eine zweite Schätzung verzichtbar, zumal die Vergabe des externen Prüfauftrages auch wieder Geld kosten würde, so Ratsherr Thielicke.

Der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses, Ratsherr Voß, gibt nun den Antrag von Ratsherrn Kahler, Verifizierung der von der ZGW vorgelegten Kostenschätzung durch einen Gegengutachter, zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	13
Enthaltungen:	0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Folgend gibt Ratsherr Voß den Antrag der CDU-Fraktion auf erneute Verschiebung der Entscheidung über die Vorlage Nr. 076/2017 bis zur nächsten Ratssitzung bzw. Sitzung des Hauptausschusses, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	1

Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

2.2. Schulentwicklungsplanung Grundschulen Vorlage: 076/2017

Ratsherr Voß ruft den Tagesordnungspunkt auf und fragt, ob hierzu ein Vortrag der Verwaltung gewünscht wird. Dies ist nicht der Fall.

Herr Pottgießer weist bei einem jetzt möglichen Neuzuschnitt der Schuleinzugsbereiche darauf hin, dass unbedingt auf die Verkehrssicherheit bei den Schulwegen geachtet werden müsse, und benennt als Beispiel den Bereich der Bräuckenstraße. Weiter regt Herr Pottgießer im Namen der Fraktion DIE LINKE an, das hier zu Grunde liegende Zahlenmaterial den weiteren Gremien, die sich mit diesen Thematiken beschäftigen, wie z. B. dem Jugendhilfeausschuss, zur Verfügung zu stellen.

Herr Reuver sagt direkt zu, dass das vorliegende Zahlenmaterial natürlich auch den anderen Ausschüssen und städtischen Fachdiensten zur Verfügung gestellt werden könne.

Frau Kotziers hat noch eine Anmerkung formaler Natur, und zwar dass die in der Vorlage angedeuteten formalen schulorganisatorischen Maßnahmen hinsichtlich der Auflösung des Grundschulverbundes Bierbaum/Kalve und Rückführung der Grundschule Kalve in eine eigenständige Grundschule bzw. alternativ die formale Neuerrichtung einer Schule derzeit noch von der Bezirksregierung Arnsberg geprüft und dann folgend in der Vorlage für die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 04.07.2017 dargestellt werden.

Ratsherr Voß gibt nun den Beschlussvorschlag zur Abstimmung, welcher lautet:

Der Schul- und Sportausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Umsetzung der Alternative a) „Reaktivierung des Schulgebäudes der ehemaligen Hauptschule Wefelshohl, Gustavstraße35, 58511 Lüdenscheid, zur Unterbringung einer Grundschule“

1. die Stellungnahme der Schulkonferenz des Grundschulverbundes Bierbaum/Kalve und die schulfachliche Stellungnahme der Schulaufsicht zu der beabsichtigten schulorganisatorischen Maßnahme einzuholen,
2. den schulorganisatorischen Beschluss vorzubereiten,
3. einen Neuzuschnitt der Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen vorzubereiten, dazu die erforderlichen Stellungnahmen der Schulkonferenzen der betreffenden Schulen einzuholen und den Entwurf einer neuen Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Grundschulen der Stadt Lüdenscheid vorzubereiten,

4. den Beschluss zur Finanzierung der geplanten Maßnahme aus dem Programm „Gute Schule 2020“ vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen: 0

3. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

3.1. Bekanntgaben

Keine.

3.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

3.3. Anfragen

3.3.1. Anfrage "Fortsetzung des Förderprogramms "Gute Schule 2020" auch durch die neue Landesregierung"

Ratsherr Breucker fragt an, ob seitens der Verwaltung geprüft werden könne, ob das Programm „Gute Schule 2020“ auch von der neuen Landesregierung fortgesetzt werde.

Ratsherr Adam regt an, die Anfrage von Ratsherrn Breucker dahingehend zu ergänzen, ob sich feststellen ließe, ob die vorangegangene Landesregierung Geld auch überwiesen habe. Es wäre bekannt, dass das Geld, was der Bund den Ländern zur Verfügung gestellt habe, nicht bei den Kommunen angekommen sei.

Herr Reuver antwortet, dass die Verwaltung sich durchaus in der Lage sehe, dieses beim Land abzufragen, und betont weiter, das mögliche bekannt gewordene Änderungen zu diesem Förderprogramm im Schul- und Sportausschuss bekanntgegeben und erörtert werden.

gez. Jens Voß

Vorsitzender

gez. Anke Keller

Schriftführerin